

Michael Herte | Vorstand und Referatsleiter Markt, Recht und Finanzdienstleistungen

PRIVATE ALTERSVORSORGE STÄRKEN!

Unabhängigkeit und Qualität im Angebot sicherstellen,
Verbraucherbildung fördern

2. April 2025

Stellungnahme

der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V., Hopfenstraße 29, 24103 Kiel

an den Schleswig-Holsteinischen Landtag, Herrn Christian Dirschauer, Vorsitzender
des Finanzausschusses

zu dem Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/2859 „**Private Altersvorsorge stärken!**“ und dem Alternativantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/2899 "**Sichere und stabile Renten24**“

Hinweise zum Lobbyregister des Deutschen Bundestages:

Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. setzt sich für die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher ein, ist im Lobbyregister des Deutschen Bundestages¹ gelistet und wird auf Basis von Offenheit, Transparenz, Ehrlichkeit und Integrität tätig.

Impressum

Verbraucherzentrale
Schleswig-Holstein e.V.

Team
Markt, Recht & Finanzen

Hopfenstraße 29
24103 Kiel

recht@vzsh.de

¹ https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R004324/30372?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DVerbraucherzentrale%2BSchleswig-Holstein%26pageSize%3D10%26filter%255Bactivelobbyist%255D%255Btrue%255D%3Dtrue%26sort%3DRELEVANCE_DESC

INHALT

1. Über die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein	3
2. Stellungnahme.....	3
2.1 Steuerliche Anreize zur Förderung der Aktienkultur	3
2.2 Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung nicht verkennen	3
2.3 Private Altersvorsorge im Spannungsfeld von Beratung, Produkten und Verbraucherinteressen	4
2.4 Finanzbildung als Voraussetzung für mündige Entscheidungen	4
2.5 Kritik an den Vorschlägen der FDP-Fraktion	4
2.6 Interessen auf Anbieterseite und systemische Vertriebsprobleme	5
3. Bewertung und Empfehlungen.....	5
4. Fazit	5

1. ÜBER DIE VERBRAUCHERZENTRALE SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein (VZSH) ist ein anbieterunabhängiger und gemeinnütziger Verein, der Verbraucherinnen und Verbraucher zu Fragen des privaten Konsums informiert und berät sowie Rechtsverstöße durch Abmahnungen und Klagen verfolgt. Außerdem informiert die Organisation Medienvertreter und Öffentlichkeit über wichtige Verbraucherthemen.

Jährlich erreicht die VZSH über 50.000 Menschen in Schleswig-Holstein persönlich und viele weitere über ihre verschiedenen Social-Media-Kanäle. Durch diese umfangreichen Kontakte erleben die Mitarbeitenden jeden Tag konkret, welche Themen und Probleme die Verbraucherinnen und Verbraucher im Norden beschäftigen. Ihre Interessen, Bedürfnisse, Hoffnungen und Sorgen werden von der VZSH anonymisiert erfasst, analysiert und eingeordnet, um sie auf parlamentarischer Ebene einzubringen. Dabei erfolgt auch eine Zusammenarbeit mit dem Verbraucherzentrale Bundesverband in Berlin. Denn nur gemeinsam wird eine Verbraucherpolitik gestaltet, die Alltagsprobleme der Menschen in Schleswig-Holstein ernst nimmt und Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen schafft.

2. STELLUNGNAHME

Die VZSH begrüßt grundsätzlich die Bestrebungen zur Stärkung der Altersvorsorge, wie es mit den Anträgen, in Drucksache 20/2859 und Drucksache 20/2899 bezweckt ist. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist ein umfassendes Altersvorsorgekonzept notwendig, das gesetzliche, betriebliche und private Komponenten sinnvoll miteinander verbindet. Dabei darf die politische Diskussion jedoch nicht auf steuerliche Detailfragen oder rein fiskalische Anreize verkürzt werden.

2.1 Steuerliche Anreize zur Förderung der Aktienkultur

Ein positiver Aspekt des Vorschlags zur Wiedereinführung der Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne besteht darin, dass dadurch Wertpapiere – insbesondere Aktien und Fonds – steuerlich gegenüber anderen Anlageformen wie Immobilien, Gold oder Kryptowährungen gleichgestellt würden. Diese unterliegen bereits heute nach einer einjährigen Haltedauer keiner Besteuerung mehr. Zudem würde eine Spekulationsfrist Sparer nicht weiter in fondsgebundene Rentenversicherungen drängen, die zwar abgeltungssteuerfreie Umschichtungen ermöglichen, aber oft mit erheblichen Kosten verbunden sind. Die Gleichbehandlung verschiedener Anlageformen könnte somit einen Beitrag zur Stärkung der Aktienkultur in Deutschland leisten, die bislang – im internationalen Vergleich – ausbaufähig ist.

2.2 Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung nicht verkennen

Wer allerdings eine auskömmliche Altersvorsorge gestalten möchte, muss realisieren, woraus die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ihre Altersversorgung beziehen. Die gesetzliche Rentenversicherung ist die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Sie zahlt rund 53 Prozent der Alterseinkommen an die 65-Jährigen und Älteren.² Die betriebliche Altersversorgung macht rund 7 Prozent aus. Aus den anderen Alterssicherungssystemen stammen 17 Prozent. Vor diesem Hintergrund muss es vorrangiges

² <https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/Fakten-zur-Rente/Alterseinkommen-und-zusaetzliche-Vorsorge/alterseinkommen-und-zusaetzliche-vorsorge.html#:~:text=Die%20gesetzliche%20Rentenversicherung%20ist%20die,anderen%20Alterssicherungssystemen%20stammen%2017%20Prozent.>

politisches Ziel sein, die gesetzliche Rente so auszugestalten, dass sie den Lebensstandard im Alter verlässlich absichert und Altersarmut verhindert.

Alle weiteren Vorsorgeformen – betrieblich wie privat – haben meist ergänzenden Charakter und dürfen nicht als Ersatzlösung für eine unterfinanzierte erste Säule herangezogen werden.

2.3 Private Altersvorsorge im Spannungsfeld von Beratung, Produkten und Verbraucherinteressen

Private Altersvorsorge ist ein Vertrauensgut. Verbraucherinnen und Verbraucher treffen Entscheidungen mit langfristiger Tragweite, häufig ohne die nötige Kompetenz, um Kosten, Risiken und Vertragsdetails vollumfänglich einzuordnen.

Unsere Erfahrungen zeigen deutlich:

Die Auswahl geeigneter Vorsorgeprodukte setzt grundlegendes Wissen über Finanzprodukte, Renditechancen und Vertragsbedingungen voraus. Dieses Wissen fehlt jedoch in weiten Teilen der Bevölkerung. Dies können wir an unseren Auswertungen festmachen: In der Praxis begegnen uns jährlich ca. 29.000 Ratsuchende, rund 10.000 Menschen nehmen an unseren Informationsveranstaltungen und Vorträgen teil, und unsere digitalen Formate auf den Sozialen Medien werden millionenfach aufgerufen.

Bevor steuerliche Anreize ihre Wirkung überhaupt entfalten können, müssen Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt werden, fundierte Entscheidungen treffen zu können und eine eigene Haushaltsstrategie zu entwickeln, die auch andere Bedarfe wie Wohnen, Bildung, Pflege oder Familienvorsorge berücksichtigt.

2.4 Finanzbildung als Voraussetzung für mündige Entscheidungen

Statt einseitig auf Steuervergünstigungen zu setzen, sollte die Politik zuerst in finanzielle Bildung investieren. Nur wenn Menschen verstehen, wie Finanzprodukte funktionieren, welche Risiken sie bergen und wie sie mit ihren begrenzten Mitteln sinnvoll wirtschaften können. Unsere Erfahrung zeigt, dass viele Verbraucherinnen und Verbraucher nicht in der Lage sind, eigenverantwortlich eine Altersvorsorge zu gestalten.

Finanzbildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe – sie gehört in Schulen, in die Erwachsenenbildung und in den öffentlichen Diskurs. Darüber hinaus braucht es niedrigschwellige, unabhängige und transparente Informationsangebote, die Orientierung bieten und nicht den wirtschaftlichen Interessen von Produktanbietern unterliegen.

2.5 Kritik an den Vorschlägen der FDP-Fraktion

Die in der Drucksache 20/2859 vorgeschlagenen Maßnahmen zur steuerlichen Begünstigung von Kapitalerträgen und zur Förderung von Produktivkapital setzen isoliert betrachtet unserer Einschätzung und Erfahrung nach falsche Anreize: Steuerliche Entlastungen kommen vor allem einkommensstarken Haushalten zugute und fördern nicht automatisch eine flächendeckende Altersvorsorge. Die Wiedereinführung der Spekulationsfrist und die Abschaffung der Verlustverrechnungsbeschränkung widerspricht dem Ziel langfristiger Stabilität und fördert kurzfristiges Gewinnstreben. Kurzfristige Gewinne setzen erfahrungsgemäß die Bereitschaft voraus, Risiken einzugehen. Dies überfordert nach unserer Beobachtung weite Teile der Sparer. Die private Geldanlage und Altersvorsorge sinnvoll zu strukturieren und geeignete Produkte auszuwählen bedarf neben finanzieller Bildung auch eine auf die Anlegerinteressen ausgerichtete Beratung. Hieran mangelt es noch aus unserer Beobachtung.

2.6 Interessen auf Anbieterseite und systemische Vertriebsprobleme

Ein wesentlicher Schwachpunkt des bestehenden Systems ist der provisionsbasierte Vertrieb. Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten in Verkaufsgesprächen oft nicht die Produkte, die am besten zu ihrer Lebenssituation passen, sondern jene, an denen Vermittler am meisten verdienen. Dieses System verhindert, dass sich z.B. kostengünstige, renditestarke Produkte wie ETF-Sparpläne durchsetzen. Ohne eine Reform der Vertriebsstrukturen wird sich daran nichts ändern. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) fordert daher seit langem ein Provisionsverbot in der Altersvorsorgeberatung und die Einführung eines öffentlichen Altersvorsorgefonds mit automatischer Einbeziehung im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge (Opt-Out-Modell), um faire und zugängliche Vorsorgemodelle flächendeckend bereitzustellen.

3. BEWERTUNG UND EMPFEHLUNGEN

Die VZSH fordert eine grundlegende Neuausrichtung der Altersvorsorgepolitik mit diesen Inhalten:

- Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung als tragende Säule der Altersvorsorge
- Förderung finanzieller Bildung auf allen gesellschaftlichen Ebenen
- unabhängige, kostenfreie Beratungsangebote
- öffentliche Vorsorgefonds als einfache und kostengünstige Standardlösung

Nur so können Menschen selbstbestimmt und verlässlich für das Alter vorsorgen – unabhängig von Einkommen, Bildung oder Marktkenntnis.

4. FAZIT

Die Vorschläge der Drucksache 20/2859 blenden die Realität der Verbraucherinnen und Verbraucher aus. Statt steuerlicher Detailkorrekturen braucht es eine politische Gesamtstrategie, die auf Gerechtigkeit, Transparenz und Bildungsförderung basiert. Die gesetzliche Rente muss dabei im Zentrum stehen – gestärkt, nicht geschwächt.

Die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein appelliert an die Landesregierung, sich auf Bundesebene für strukturelle Verbesserungen und nicht für punktuelle Steueranreize einzusetzen.

gez. Michael Herte
Vorstand